

DER SPRINGENDE PUNKT



» IM GESPRÄCH
mit Thomas Grämmer

» PAG-REFORM

Das Gesetz ist weiterhin nicht
Verfassungskonform



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die Regenbogenfarben stehen für Offenheit, Toleranz und Vielfalt. Auch während der EM spielte dieses Symbol eine wichtige Rolle. Die UEFA hatte verboten, die Allianz Arena in München in Regenbogenfarben zu beleuchten. Ein furchtbares Signal, denn Sport sollte Menschen verbinden, für Welt-offenheit und Toleranz stehen. Die UEFA stellt sich gegen ihren eigenen Slogan: „equal game“. Und gegen alle, die für die Rechte der LGBTIQ+-Community kämpfen.

Klar ist: auch über diese Debatte hinaus gibt es noch viel zu tun. Daher setzt die SPD Nürnberg sich an 365 Tagen im Jahr für mehr Offenheit und Vielfalt ein!

Ich möchte in diesem Rahmen auf den Christopher Street Day am 2. August in Nürnberg aufmerksam machen. Jede*r ist eingeladen, sich an den unterschiedlichsten Aktionen zu beteiligen und ein Zeichen für mehr Toleranz zu setzen.

In den nächsten Wochen geht es in die hei- ße Phase des Bundestagswahlkampfes. Jetzt kommt es auf jeden und jede von uns an! Ich freue mich, mit euch am Infostand, bei Aktionen und im Netz für unser Zukunfts- programm, Olaf Scholz und unsere Nürn- berger Kandidaten zu werben.

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Nasser Ahmed

Nasser Ahmed

Globale Mindeststeuer:

DER ERSTE SCHRITT ZU MEHR STEUERGERECHTIGKEIT IST GEMACHT!

von MUNIB AGHA

In Im Vorfeld des G7-Gipfels haben sich die Finanzminister:innen der jeweiligen Staaten auf eine globale Mindestbesteuerung von Großkonzernen geeinigt. Die jahrelange Hart- näckigkeit von Olaf Scholz und seines franzö- sischen Kollegen Bruno Le Maire im Kampf gegen Steueroasen hat sich nun endlich aus- gezahlt. Momentan sieht es auch danach aus, dass auf dem kommenden G20 Gipfel im Juli diese Einigung (vermutlich dann aber modifi- ziert) bestätigt wird. Schlussendlich bräuchte man dann noch das OK der 139 BEPS-Staaten (Base Erosion and Profit Shifting), um die Steuer auch vollumfänglich umsetzen zu kön-

nen. Bei den BEPS-Staaten handelt es sich um die, die sich unter dem Dach der OECD darauf verständigt haben gegen multinationale Großkonzerne vorzugehen, die durch Ge- winnverschiebung ihr Steueraufkommen auf nahezu null minimieren.

Doch wie genau soll diese Mindestbesteue- rung umgesetzt werden? Auf die detaillier- te Ausgestaltung hat man sich noch nicht geeinigt. Klar ist aber, dass Unternehmen betroffen sein sollen, deren Gewinnmarge mindestens 10% beträgt. Weshalb man sich nicht auf ein nahe liegenderes Kriterium, wie z.B. die Höhe des Umsatzes, geeinigt hat, ist nicht bekannt. Dennoch wären im »



Wesentlichen Tech-Konzerne wie Google und Apple betroffen, die man mit der schon öfters andiskutierten Digitalsteuer stärker zur Rechenschaft ziehen will. Mit dieser Gewinnmarge wäre der Gesamtkonzern Amazon übrigens von der Mindeststeuer nicht betroffen. Allerdings wird sehr wahrscheinlich die Mindeststeuer so gestaltet, dass die besonders gewinnträchtigen Sparten von Amazon dennoch betroffen wären. Solch eine Sparte wäre zum Beispiel die Cloud-Computer-Tochter Amazon Web Services.

Darüberhinaus einigte man sich darauf, dass der Mindeststeuersatz bei 15% liegen soll. Zum Vergleich: Auf den Bahamas liegt er aktuell bei 0%, in der Schweiz in den jeweiligen Kantonen zwischen 11% und 13,5%, in Irland 12,5%.

Ein Unternehmen, das in Deutschland einen Gewinn erzielt, aber ihn in Irland versteuert, müsste fortan in der Bundesrepublik die Differenz von 2,5%-Punkten bezahlen. Doch ob dann wirklich die 2,5%-Punkte in Deutschland oder dort, wo das Unternehmen seinen Hauptsitz hat, abgeführt werden, ist noch nicht klar. Im Falle eines Hauptsitzprinzips wären die USA der klare Profiteur der Mindestbesteuerung, da Google, Apple und co. dort ihren Sitz haben. EU-Staaten würden dann deutlich weniger pro-

fitieren. Nicht verwundernswert ist es deswegen, dass die USA das Hauptsitzprinzip präferieren und die europäischen Staaten sich dafür einsetzen, dass die Besteuerung dort anfällt, wo das Unternehmen seinen Gewinn auch erwirtschaftet hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man sich auch auf eine Mischformel einigen wird.

Nichtsdestotrotz rechnet der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher damit, dass Deutschland auch beim Hauptsitzprinzip zusätzlich mehr als 5 Milliarden Euro einnehmen könnte. Bei einem Mindeststeuersatz von 25% wären es laut Fratzscher sogar knapp 30 Milliarden Euro! Die Europäische Union geht in ihren Einschätzungen von Mehreinnahmen von 50 Milliarden Euro für ihre Mitgliedstaaten aus, wenn die Mindeststeuer mit einem Satz von 15% kommt.

Das von den europäischen Staaten innerhalb des G7 präferierte Modell muss übrigens nicht unbedingt von Vorteil für die EU-Staaten sein. Es könnte dann zum Beispiel passieren, dass ein Teil der Gewinne der Automobilindustrie nicht mehr in Deutschland versteuert werden, sondern in Ländern wo ein Großteil der Autos der deutschen Automobilhersteller produziert werden. Zum Beispiel in China.

Kritiker:innen der Einigung sind, wie zu erwarten war, Irland, die Schweiz und ein Großteil der Osteuropäischen Staaten, deren Steuersätze unter den angestrebten 15% liegen. Sie argumentieren damit, dass sie im Gegensatz zu den G7 oder gar G20 Staaten nicht so einen großen Binnenmarkt verfügen und deswegen auf niedrige Steuersätze angewiesen seien, um Unternehmen in ihrem Land zu halten. Mittlerweile fordert auch Großbritannien für die City of London Ausnahmen, um die Interessen seiner Finanzindustrie zu schützen. Ob also alle 139 BEPS-Staaten der OECD der Mindeststeuer zustimmen werden, ist mehr als fraglich. Nichtsdestotrotz wäre der Anfang schon gemacht, sobald alle willigen Staaten die Übereinkunft der G7-Staaten umsetzen. Der dadurch ausgeübte Druck wird so groß sein, dass sich mit der Zeit immer mehr Staaten anschließen werden. Damit hätte man Steuerspirale nach unten endlich gestoppt und Steuerdumping einen Riegel vorgesetzt. Doch am Ziel ist man in Sachen Steuergerechtigkeit damit noch lange nicht. Aus EU-Sicht stünden als nächstes Mindeststeuerstandards und Mindestsozialstandards innerhalb der Europäischen Union an. Aber auch hier könnte schneller als erhofft ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden. Eine sozialdemokratisch angeführte Bundesregierung würde dies sicherlich beschleunigen.



Lieber Thomas, du bist für die SPD Schwabach in das Rennen um die Bundestagskandidatur für den Wahlkreis Nürnberg Süd/ Schwabach gegangen. Für viele Nürnberger Genoss*innen bist du ein neues Gesicht, könntest du dich denen, die dich noch nicht so gut kennen kurz vorstellen?

Ja klar, dass mache ich gerne! Ich bin Thomas Grämmer, 39 Jahre alt und lebe mit meiner Familie in Schwabach. Dort bin ich auch geboren und aufgewachsen. Als Familie waren wir aber schon immer nach Nürnberg orientiert. Meine beiden Kinder gehen zum Beispiel auch in Nürnberg zur Schule.

Mein Bildungsweg verlief über viele Schulformen. Das ist für mich aus heutiger Sicht ein Gewinn und ermöglicht mir einen vielschichtigen Blick auf die bayerische Bildungslandschaft.

Mein Weg führte mich dann nach Rummelsberg im Nürnberger Land. Dort habe ich die Ausbildung zum Diakon und Erzieher gemacht und meine berufliche Laufbahn begonnen. Als pädagogischer Mitarbeitender habe ich in einer Wohngruppe acht junge Menschen mit besonderen Förder-, Unterstützungs- und Entwicklungsbedarfen betreut. Ich weiß daher auch was es heißt im Schichtdienst zu arbeiten. Mir war schnell klar, dass ich gerne mehr Verantwortung übernehmen und vor allem gemeinsam mit Menschen die Bedingungen gestalten

THOMAS GRÄMMER

IM GESPRÄCH MIT UNSEREN BUNDESTAGSKANDIDATEN TEIL 1

möchte. Damit ich das machen kann, habe ich berufsbegleitend Management studiert und mich als Organisationsberater, Supervisor und Coach ausbilden lassen.

Heute bin ich bei der Rummelsberger Diakonie Mitglied der Geschäfts- und Unternehmensleitung und dort gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen für die Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verantwortlich. Als Regionalleiter bin ich noch für die Einrichtungen der Rummelsberger Diakonie in Oberfranken verantwortlich und ein weiterer Teil meiner Funktion ist die Geschäftsführung der Hilfe für das behinderte Kind GmbH in Bayreuth.

Als Vorstand im evangelischen Erziehungsverband in Bayern vertrete ich verbandlich über 40 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. Verbands- und Lobbyarbeit kenne ich daher auch.

Meine Freizeit verbringe ich gerne mit meiner Frau und meinen beiden Kindern. Die sind 18 und 15 Jahre alt. Wir genießen die gemeinsame Zeit bei Ausflügen und Unternehmungen. Das machen wir echt gerne. Ich schätze Literatur, Museen und kulturelle Veranstaltungen oder sitze einfach nur in meinem Hängestuhl vor dem Haus. Und dann ist da ja noch das politische Engagement.

Wieso die SPD? Wie lange bist du mittlerweile schon Mitglied dieser Partei? Was waren deine Beweggründe?

Mitglied bin ich leider noch gar nicht so lange. Ich bin erst 2017 eingetreten, damals aber noch vor der großen Eintrittswelle um Martin Schulz. Der Partei war ich schon seit vielen Jahren ideell verbunden und habe bei allen Höhen und Tiefen mich mitgefreut, gezittert oder auch einmal geärgert. Irgendwann ist es mir dann wichtig geworden mit meinem Parteieintritt ein Zeichen gegen die, ich finde manchmal auch herbeidiskutierte, Politikverdrossenheit zu machen. Außerdem wollte ich mich aktiv in der Partei einbringen. Heute finde ich es sehr schade, dass ich nicht viel früher eingetreten bin. Viele stellen sich das Engagement oder Parteileben ganz anders vor als es ist. Mir ist es daher ein Anliegen, dass auch nach außen zu vermitteln, dieses Bild zu verändern und die Partei offener.

Und warum die SPD? Weil die SPD für eine starke soziale Politik steht. Ja, davon bin ich felsenfest überzeugt. Ich finde wir können unglaublich stolz auf die Leistungen der SPD sein. Wir treffen Entscheidungen, auch wenn es uns

in erster Linie nicht immer dient und sofort zum Erfolg führt. Wir übernehmen Verantwortung, ducken uns nicht weg und wenn wir Fehler machen, was normal ist, denn im Nachgang ist man immer schlauer, korrigieren wir diese wieder. Das erfordert Mut! Dieser Mut der vielen Genossinnen und Genossen seit über 150 Jahren berührt und beeindruckt mich.

Du wurdest im Februar als Kandidat für den Wahlkreis Nürnberg Süd/ Schwabach aufgestellt. Wie hat sich seitdem dein Alltag und auch dein Arbeitspensum verändert?

Das ist eine spannende Frage, denn gefühlt ändert sich das von Woche zu Woche. Um ehrlich zu sein ist es nicht ohne, meinen beruflichen Alltag und die Kandidatur unter einen Hut zu bringen. Der Tag hat nur 24 Stunden! Mein beruflicher Alltag nimmt mich stark in Anspruch und vieles um die Kandidatur ist neu für mich. Wenn ich aber etwas kann, dann das was ich mache mit ganzem Herzen zu tun. Das Team der SPD in Nürnberg macht es mir einfach und ist eine riesige Unterstützung. Das Team der Geschäftsstelle und mein Campaigner sind einfach super! Ich begegne so vielen Menschen, die mich unterstützen, mitdenken und zupacken. Ohne das wäre es für mich nicht zu bewältigen!

Ich bin aber auch meinem Arbeitgeber sehr dankbar. Meine Kandidatur wurde von Anfang an positiv gesehen und unterstützt. Das ist für mich auch nicht selbstverständlich, denn manche Aufgabe dauert aktuell bei mir einfach etwas länger. Ich erfahre auch viel Bestärkung, dass ich als richtige Person für die Kandidatur gesehen werde. Das tut gut im Trubel von Beruf und Kandidatur!

Hat sich seit deiner Kandidatur dein Blick auf die Partei geändert?

Ja, als Diakon und Pädagoge entspricht es meiner Haltung die Ressourcen und Potentiale zu erkennen und transportieren. Das ist auch mein Blick auf die Partei. Ich finde wir haben an so vielen Stellen engagierte Menschen. Wir brauchen uns nicht zu verstecken, sondern können und müssen das laut und sichtbar zeigen. Ja, wir haben auch parteiinternen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben zu bewältigen, aber da ist nichts dabei, was uns bange werden lassen muss. Es sind die Menschen, auf die es ankommt und die haben wir!

Ich fühle mich der Partei durch die Kandidatur auch verbundener. Das liegt sicherlich an der Identifikation, die der Öffentlichkeit einer Kandidatur nochmals zunimmt.

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Das ist natürlich alles Soziale, meine DNA sozusagen! Das Soziale ist unser evolutionärer und gesellschaftlicher Ursprung. Ich sage immer, es ist unser Rückgrat. Erst das soziale ermöglicht es uns als Gesellschaft wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Es ist mir daher besonders wichtig die Themen zusammenzubringen: Soziales und Wirtschaft, Soziales und Klima, Soziales und Arbeit, Soziales und Digitalisierung usw. Eines ohne das andere geht nicht, darf nicht gegeneinander ausgespielt werden und erst im Zusammendenken führt es zu echten Innovationen im Sinne der Gesellschaft. Das will ich laut und deutlich in Berlin, Nürnberg und Schwabach vertreten. Ich will Politik für Menschen machen!

Du vertrittst den Wahlkreis Nürnberg Süd/ Schwabach. Was sind die Herausforderungen in deinem Wahlkreis?

Mein Wahlkreis ist ganz unterschiedlich und so differenziert sind auch die Herausforderungen. Wir haben zum einen die urbane Großstadt Nürnberg mit den Themen Wohnen, Sauberkeit, Sicherheit und Mobilität. Selbstverständlich spielt in vielen sozial angespannten Stadtvierteln auch das Thema der sozialen Leistungen eine wichtige Rolle. Der „Speckgürtel“ zwischen Nürnberg und Schwabach hat wieder andere Themen und die Stadt Schwabach, obwohl so nahe an Nürnberg hat ihre eigenen Themen. Zwei Themen sind natürlich besonders im öffentlichen Fokus. Das ist zum einen die Stromtrasse P53. Hier sind Schwabach, Katzwang, Kornburg und Moorenbrunn betroffen. Ich finde es unsäglich, dass die Landesregierung es bis heute nicht geschafft hat die notwendigen Mindestabstände, unabhängig von der Art der Verkabelung, im Landesentwicklungsplan festzulegen. Das ICE Werk in Altenfurt und Fischbach ist ein weiteres Thema, dass die Menschen zurecht bewegt.

Die Themen neue Arbeit, Digitalisierung, Pflege und Gesundheit, stabile Renten und Klimawandel beschäftigt natürlich alle in unterschiedlichen gedanklichen Zusammenhängen und Ausprägung.

Vielfältig ist der Wahlkreis und vielfältig sind die Themen. Mir macht das große Freude und ich begegne diesen Herausforderungen mit Mut und Respekt.

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Das mich die Menschen weiterhin so wunderbar unterstützen, ich das Direktmandat erringe und wir im Herbst mit Olaf Scholz eine soziale Politik für die Zukunft Deutschlands umsetzen können!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektur: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911- 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare





INTERVIEW MIT JO-ACHIM HAMBURGER

VORSITZENDER DER ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE NÜRNBERG

von VON DIANA LIBEROVA und
CANAN CANDEMIR

Dieses Jahr wird 1700 Jahre jüdische Geschichte in Deutschland gefeiert. Wie stehst Du zu diesem Jubiläum und wie empfindest Du die Stimmung rund um das jüdische Leben heute in Deutschland?

Die Idee für die dieses Jubiläum kam ja nicht von den Juden. Ich sehe die Geschichte von zwei Seiten: Einmal gibt es viele Mitbürger*innen, die gut gemeinte Aktivitäten geplant und auch durchgeführt haben. Man hat sich sehr bemüht und es waren einige tolle Events dabei. Das ist gut. Auf der anderen Seite beobachte ich, dass es dabei meist um Verstorbene, Ritualgegenstände und Friedhöfe geht. Dass es wieder lebende Jüdinnen und Juden in diesem Land gibt, wird oft vergessen. Bei der Planung der Feierlichkeiten werden sie oft weder gefragt noch miteinbezogen. Dann wird erwartet, dass man andächtig applaudiert. Das finde ich nicht so toll. Und mal ganz ehrlich, wie viele gute Jahre gab es wirklich für die jüdische Bevölkerung hier? 70 vielleicht 80.

Bezogen auf Nürnberg - was sollte getan werden, damit Du sagen kannst, dass wir hier ein vielfältiges jüdisches Leben haben, das seinem Namen und der Geschichte gerecht wird?

Vielfalt gibt es bereits in unserer Gemeinde. Die Gemeinde besteht zu 98 % aus sogenann-

ten Kontingentflüchtlingen, die im Rahmen des gleichnamigen Gesetzes ab 1991 zu uns gekommen sind. Ohne diese Menschen gäbe es keine jüdische. Gemeinde mehr in Nürnberg. Alle brachten ihre kulturellen Eigenheiten mit, aus der Ukraine, Kasachstan, Tadschikistan, die kaukasischen Bergjuden, Georgier, usw. Wir haben versucht, alles einigermaßen unter dem Nenner „jüdische Traditionen, Ethik und Toleranz“ zu verbinden. Die Zeit des „großen deutschen Judentums“ ist für immer vorbei. Aber wenn man uns die Freiheit lässt, die in unserem Lande für alle gegeben ist, werden wir aufbauend auf die bisher verzeichneten Integrationserfolge wieder etwas sehr Kreatives schaffen. Die immer wiederkehrenden antisemitischen Angriffe von fast allen Seiten der Gesellschaft müssen wir unbedingt zusammen bewältigen. Antisemitismus ist eine Gefahr für uns alle.

Der lokalen Presse konnte man entnehmen, dass sich die IKGn eine Begegnungsstätte wünscht. Inzwischen verpflichtete sich die Stadt Nürnberg, eine Machbarkeitsstudie für diese in Auftrag zu geben. Was erhoffst Du Dir von dieser Einrichtung und welche Rolle sollen dabei die Stadt und andere öffentliche Träger spielen?

Eine Begegnungsstätte soll einem öffentlichen Raum schaffen und helfen, Berührungsängste abzubauen, die es leider gibt. Wir wollen ein Gebäude, das Offenheit ausstrahlt und Inhalte, die jeden betreffen. Ich denke, wenn man erklärt, welche Bedeutung

die Religion in unserem Leben hat und was wir unter „Schicksalsgemeinschaft“ verstehen, wenn wir die in Deutschland lebenden Juden zu Wort kommen lassen und die Jugend mit ins Boot nehmen, haben wir schon einen ersten Schritt gemacht, was die Inhalte betrifft. Zeitgenössische jüdische Literatur, Theater, Kino, Tanz und Malerei könnten das Bild vervollständigen. Dazu einen Ruheort mit koscherem Essen, einen nicht musealen Rückblick auf die bedeutenden Jüdinnen und Juden und ihren Beiträgen für unsere Stadt. Aber ich will nicht zu sehr ins Detail gehen, weil wir nach einem internen Gespräch des Gemeinderates noch nicht ganz fertig sind mit der Ausarbeitung unserer Vorstellungen. Diese geht in den nächsten Wochen an den Oberbürgermeister, der für dieses Projekt „den Hut auf hat“.

Das jüngste Aufflammen des Nahost-Konflikts im Mai 2021 hatte auch Auswirkungen in Deutschland. Auf einigen pro-palästinensischen Demonstrationen kam es dabei leider zu antisemitischen Ausschreitungen. Es wurden beispielsweise Synagogen angegriffen und antisemitische Beschimpfungen geschrien. Wie habt ihr als Gemeinde diese Situation erlebt und welche Erwartungen habt ihr an die politischen Parteien, aber auch die Stadtgesellschaft?

Da hat sich leider nicht viel verändert seit dem letzten Gaza-Feldzug 2014. Auch wir haben wieder Hassbotschaften, Morddrohungen und eigentlich jede Art von verbaler

Gewalt erlebt. Kinder unserer Gemeinde wurden von Kindern arabisch-stämmiger Familien, die schon in der 3. Generation hier leben, sogar mit dem Tod bedroht. Diese Einstellungen kommen nicht von den Kindern oder Jugendlichen, sie wurden anerzogen. „Man darf ja wohl Israel kritisieren“, das ist der Satz, den man immer wieder hört. Klar darf man aber ohne Hass und Drohungen. Interessant ist, dass einige dieser Hetzer*innen gegen Israel und die Juden sich weder für die von China unterdrückte Minderheit der muslimischen Uiguren noch für die ebenfalls muslimischen Rohingya in Myanmar einsetzen, geschweige denn zur Kenntnis nehmen, dass in Syrien bereits mehr als 400.000 Muslime im syrischen Bürgerkrieg getötet wurden.

Wir erwarten, dass man endlich „klare Kante“ zeigt und den Wahnmachern von rechts von links von oben und unten klar macht, was in unserem Rechtsstaat erlaubt ist und was auf keinem Fall geduldet wird. Hass im Internet und auf der Straße, das Verbrennen von Fahnen und physische Gewalt gehen gar nicht. Wir haben die Mittel, wir müssen nur bereit sein, alle Gewalten, die Judikative, die Exekutive und die Legislative einheitlich auszurichten. Zu oft gab es in der Vergangenheit völlig unterschiedliche Auslegungen unserer Gesetze. Dabei sollte nicht versäumt werden, die Justiz für Hassverbrechen besser zu sensibilisieren.

In Bamberg soll erstmals ein/e Antisemitismusbeauftragte/r in einer bayerischen Stadt



Foto: Rüdiger Löster

eingesetzt werden. Dass diese Stelle als Ehrenamt ausgestaltet sein soll, hat für erhebliche Kritik gesorgt. Wie bewertest Du das und würdest Du Dir diese Funktion auch für Nürnberg wünschen?

Die Beauftragten sind ehrenwerte und von mir hochgeschätzte Menschen, die wichtige Dinge ansprechen, gebildet sind und die besten Intentionen haben. Ich glaube aber, dass sie wenig ausrichten können gegen Unwissenheit und Hass. Die, die zuhören, sind ohnehin keine Antisemit*innen.

Viel besser wäre es, Aufklärung bereits in den Schulen zu betreiben, Begegnungen zu initiieren. Die Lehrer*innen verstärkt schulen. In den Bildungstätten kann man Tendenzen viel früher und besser erkennen. Fakten über Juden, Israel, den Umgang mit den Freiheiten in diesem Land, Minderheiten, die Erziehung zur Toleranz können helfen. Es kann nicht die Aufgabe eines (r) „einzelnen Rufers(in) im Wald“ sein, dieses Mammut-Projekt zu stemmen. Ich will, dass wir alle Antisemitismusbeauftragte werden.

Antisemitische Straftaten in Bayern 2020

Eine aktuelle Anfrage der SPD-Bildungspolitikerin Dr. Simone Strohmayr, MdL zeigt, dass im Jahr 2020 in Bayern insgesamt 353 jüdenfeindliche Straftaten registriert wurden. Hierbei wurden 339 antisemitische Straftaten der Politisch Motivierten Kriminalität-rechts zugeordnet. Das Durchschnittsalter der Täter und Täterinnen lag bei 38 Jahren. Der jüngste Täter war nur zwölf Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Delikte 2020 wurden im Internet begangen (185).

Tatjahr 2020						
Polizeipräsidium	PMK-ausländische Ideologie**	PMK-links	PMK-nicht zuzuordnen	PMK-rechts	PMK-religiöse Ideologie**	Gesamtergebnis
Oberbayern Nord	0	0	0	33	0	33
Oberbayern Süd	0	0	1	31	0	32
München	3	0	1	67	0	71
Niederbayern	0	0	0	29	1	30
Oberpfalz	1	0	0	25	0	26
Oberfranken	1	0	1	21	0	23
Mittelfranken	1	0	0	37	0	38
Unterfranken	0	0	1	48	0	49
Schwaben Nord	1	1	0	14	0	16
Schwaben Süd/West	1	0	0	32	0	33
LKA	0	0	0	2	0	2
Gesamtergebnis	8	1	4	339	1	353

** ab 2017

WIR BRECHEN TABUS – AUCH EIN SHITSTORM DARF SEIN



von MICHAEL ZIEGLER

Im weißen Galerieraum stechen die roten Farbkleckse besonders hervor. Der Hingucker ist ein Konstrukt aus zig roten Fäden, die mitten im Raum von der Decke hängen. Dieser rote Faden zieht sich inhaltlich und bildlich durch die Ausstellung. Durch Fotos, Illustrationen, Textilobjekte, Musik und eine Video-Performance möchten fünf Künstlerinnen des „ArtiSchocken-Kollektivs“ ihrer Gefühlswelt vor und während der Periode auf kreative Art und Weise Ausdruck verleihen.

Pünktlich zum Weltmenstruationstag am 28. Mai hat die multimediale Kunstaussstellung in der Roten Galerie in Nürnberg eröffnet. Die Auswahl des Datums und der Veranstaltungsort sind dabei kein Zufall. „Den internationalen Menstruationstag in der Roten Galerie zu feiern, ist ein schönes Symbol. Das Datum bezieht sich auf die gewöhnliche Zyklusdauer von 28 Tagen und die etwa fünf Tage der Monatsblutung“, erklärt die Künstlerin und Leiterin des „ArtiSchocken-Kollektivs“, Olga Komarova.

Viele Frauen fühlen sich gerade vor und während ihrer Periode nicht wohl, gereizt und haben oftmals mit starken Schmerzen zu kämpfen. Mit ihren Kunstobjekten setzen sich die Künstlerinnen mit den Aspekten Zerbrechlichkeit, Sensibilität und Selbsttherapie auseinander. „Meine selbstgenähten Masken sollen ausdrücken, wie oft eine Frau ihre Menstruationsschmerzen kaschieren muss und sich in der Öffentlichkeit bildlich gesprochen eine Maske aufsetzt“, sagt die Illustratorin und Designerin Polina Pravdikova.

Hauchfeine weiße Kleider mit rot gestickten Mustern und Worten wie „fragile“ beziehen sich auf das „dünne Nervenkostüm“ während der Menstruation.

Während die Musikerin Lisa Milyukova in ihrem selbst komponierten Lied die oftmals unsichtbaren Komplikationen während der Monatsblutung besingt, liefert die Designerin Elizaveta Shlosberg durch eine eindrucksvolle Video-Performance einen Einblick in die Gefühlswelt und Sprache rund um das Thema. „Ich habe hunderte Euphemismen für Menstruation aus mehreren Sprachen gesammelt und festgestellt, dass viele dieser Umschreibungen witzig oder auch beleidigend sein können und diese Thematik – wenn auch unbewusst – tabuisieren oder ins Lächerliche ziehen“, erklärt sie.

Der Galerist Heijo Schlein und der Vorsitzende der Karl-Bröger-Gesellschaft, Michael Ziegler, hatten keine Berührungsängste mit diesem Ausstellungsthema. „Ich war erstaunt, wie wenig ich doch darüber wusste, weil man als Mann darüber kaum spricht, und ich bin froh, dass ich da mehr lernen kann“, so Michael Ziegler. Für den Organisator der Ausstellung ist die Periode auch ein gesellschaftliches Thema: „In vielen Ländern sind Menstruationsprodukte immer noch ein Luxusgut. Dass so etwas Notwendiges nicht selbstverständlich ist, finde ich ungerecht“, meint Ziegler.

Die Ausstellung hat sogar einen kleinen medialen Shitstorm ausgelöst. Von „Braucht's des?“ über „Menstruation ist doch nur ein Bauchzwicken“ bis hin zu Beleidigungen reichten die Kommentare. Oder

die abwertende Frage: „Und als nächstes gibt es eine Ausstellung über Fußpilz?“ Auf Instagram und Facebook empörten sich etliche Männer und Frauen. Einer fordert sogar eine Volksabstimmung. Denn: „Meine Stimme bekommt so etwas nicht.“ Die meisten Kritiker*innen haben allerdings die Ausstellung nie besucht.

Die Künstlerinnen beantworten fleißig die Fragen aus den sozialen Medien. Und mancher wird durch die Auseinandersetzung sogar nachdenklich. Und die positiven Rückmeldungen überwiegen trotzdem deutlich. Über 2000 Likes gibt es und Zeilen wie diese: „Ich finde dieses Projekt sehr gut. Die Periode ist für viele Mädchen und Frauen immer noch mit Scham behaftet und führt zu einem Versteckspiel der hormonellen Symptome in Schulen oder auf den Arbeitsplatz. Das ist belastend. Einige Männer äußern sich mit Ekel über die Menstruation und das führt natürlich zu einer Abwertung der Frauen!“ Andere zeigen keinerlei Verständnis für die Ausstellung und schreiben: „Muß denn sowas sein? Manche müssen echt immer übertreiben. Und dann auch noch „Kunst“.“

Die nächste Ausstellung läuft ab dem 30. Juni. Die russische Künstlerin Vktoria Naraksa zeigt ihre Zeichnungen aus ihrer Zeit im Gefängnis. Auf einer der großen Pro-Navalny-Demos wurde sie für 10 Tage in Moskau eingesperrt. Die Regisseurin, die schon oft in Nürnberg gearbeitet hat (unter anderem hat sie die „Antigone“ im Z-Bau inszeniert) kommt extra nach Deutschland und führt hier auch politische Gespräche. Die Öffnungszeiten erfahrt ihr auf Nachfrage unter info@karl-broeger-gesellschaft.de

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Bei der Bundestagswahl wird es auch um eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik gehen. Die gibt es nur mit Olaf Scholz und der SPD. Wir wollen, dass starke Schultern mehr von den Krisenkosten und den notwendigen Zukunftsinvestitionen tragen. Dabei gilt jedoch: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit der Menschen senken.

Insbesondere mittlere Einkommen werden in unserem Steuersystem heute zu stark belastet. Das wollen wir ändern und kleine und mittlere Einkommen entlasten. Im Gegenzug wollen wir die oberen fünf Prozent stärker heranziehen. Darüber reden wir nicht nur, sondern haben schon gehandelt: Wie im letzten SPD-Wahlprogramm versprochen, haben wir den Solidaritätszuschlag für die allermeisten Menschen im Land abgeschafft – nur nicht für die Spitzenverdiener. Jahrelang hatten CSU und FDP das immer wieder versprochen. Gemacht hat es die SPD. Für 90 Prozent der Betroffenen ist der Soli entfallen – eine Entlastung um rund 11 Milliarden Euro. Darauf wollen wir mit einer sozial gerechten Steuerreform aufbauen. Geben kann es diese nur mit der SPD. Denn CSU und FDP versprechen – wie vor jeder Wahl – die eierlegende Wollmilchsau: Steuersenkungen, keine Kürzungen, keine Schulden. Das funktioniert nur, wenn es nach der Bundestagswahl zu einem überraschenden Geldregen über dem ganzen Land kommt.

Gerechte Steuern

Es geht uns auch um mehr Steuergerechtigkeit. Deswegen wollen wir an der „Reichensteuer“ festhalten und auch am Solidaritätszuschlag für die höchsten Einkommen. Die Vermögensteuer wollen wir wieder in Kraft setzen: mit einem hohen persönlichen Freibetrag und einem einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für wirklich sehr hohe Vermögen. Eine arbeitsplatzgefährdende Substanzbesteuerung bei Betrieben wollen wir ausdrücklich nicht. Bei der Erbschaftsteuer wollen wir sicherstellen, dass große Betriebsvermögen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen wollen wir eine Mindestbesteuerung einführen. Gerechter werden muss auch die Familienbesteuerung. Das Ehegattensplitting wollen wir stärker auf eine Kinderförderung hin umstellen. Dabei gilt aber, dass auch normalverdienende Ehegatten ohne Kinder hierdurch nicht belastet werden. Das Modell soll nur für neu geschlossene Ehen gelten, während alle anderen die Wahl haben sollen, das alte oder neue Recht zu nutzen. Übrigens: Für Alleinerziehende hat die SPD bereits den steuerlichen Entlastungsfreibetrag verdoppelt.

WIR WOLLEN DIE STEUERN FÜR DIE MEHRHEIT SENKEN



BaFin gestärkt

Infolge des „Wirecard-Skandals“ haben wir neue Regeln für Wirtschaftsprüfer und eine Stärkung der Finanzaufsichtsbehörde BaFin beschlossen. Es darf sich nicht wiederholen, dass ein großer Konzern die Anleger letztlich mit frei erfundenen Konten und Umsätzen täuscht und ihr Geld in den Sand setzt. Der Untersuchungsausschuss kam jetzt zum Ergebnis, dass es sich um Bilanzbetrug durch Teile des Managements handelt. Weder der Aufsichtsrat des Unternehmens noch die Wirtschaftsprüfergesellschaften entdeckten das. Auch auf staatlicher Ebene gab es Kontrollversagen: Die Staatsanwaltschaft München I war die einzige Behörde, die forensische Untersuchungen bei der Wirecard AG hätte durchführen können, um den Betrug aufzudecken. Sie sah jedoch lange Zeit trotz vielfältiger Anhaltspunkte keinen Anfangsverdacht. Die Zuständigkeit der Geldwäscheaufsicht über die Wirecard AG lag wiederum bei der Regierung von Bayern. Von den Vorwürfen gegen das Bundesfinanzministerium ist im Untersuchungsausschuss übrigens nichts übrig geblieben. Die BaFin war nur für die Wirecard Bank AG zuständig – bei der gab es aber keinen Bilanzbetrug. Der Gesamtkonzern Wirecard unterlag dagegen gar nicht der Aufsicht der BaFin.

Internationale Steuergerechtigkeit

Wir haben auch im Bereich Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug einiges getan. Zuletzt mit dem „Steueroasen-Abwehrgesetz“. Damit gibt es künftig Sanktionen gegen Personen und Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen. Mehr Transparenz gibt es durch das sogenannte öffentlichen Country-by-Country Reporting darüber, wohin Großkonzerne Gewinne verschieben, um Steuern zu umgehen. International wollen wir nicht nur die Finanztransaktionssteuer, sondern auch die globale Mindeststeuer und eine faire Besteuerung der Digitalunternehmen wie Google und Facebook. Damit sind wir – dank Olaf Scholz – schon weit vorangekommen. Die G7-Finanzminister haben jetzt der seit Jahren von der SPD vorangetriebenen Initiative zugestimmt und sich auf eine globale Mindeststeuer von 15 Prozent geeinigt. Außerdem gab es die Einigung der sieben größten Industrieländer auf die anteilige Steuerpflicht für Digitalkonzerne in den Ländern, in denen Gewinne erwirtschaftet werden. Wenn im nächsten Schritt auch die G 20 zustimmen, dann steht die SPD nicht nur für den Mindestlohn in Deutschland, sondern auch für die Mindestbesteuerung in der Welt. Unser klares Ziel: verhindern, dass globale Unternehmen ihre Gewinne hin- und herschieben und am Ende dort landen, wo sie gar nichts bezahlen müssen.

Unser neuer SPD-Chor steht in den Startlöchern.

Es ist soweit!

Endlich dürfen wir uns wieder treffen – und auch miteinander singen. Zum Einsingen, Mitgrooven, Swingen, Hineinschnuppern und Kennenlernen laden wir alle SPD-Mitglieder und gerne singende Menschen, die uns politisch nahestehen, ein zum Start des Nürnberger SPD-Chors am Samstag, den 24. Juli, 14:30 – 17:30 Uhr, im großen Saal des Karl-Bröger-Zentrums, Karl-Bröger-Straße 9, Nürnberg

Nur mit Anmeldung! Anmeldungen (Name und Telefonkontakt) an kupferschreiner@mnet-online.de

Die Teilnahme ist kostenlos, über Spenden freuen wir uns. Das Hygienekonzept wird nach Anmeldung per Mail verschickt. Bitte eigene Getränke mitbringen, da kein Ausschank möglich ist.



KINDER UND JUGENDLICHE LEIDEN PSYCHISCH WEITERHIN STARK UNTER CORONA-PANDEMIE

FERIENLAGER MÜSSEN AUCH IN BAYERN ENDLICH MÖGLICH SEIN



Gespräch in der Nürnberger Jugendherberge im August 2020 mit dem Bayerischen Landesverband des Deutschen Jugendherbergswerkes und der SPD-Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie, Doris Rauscher

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Wir als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag machen uns stark für eine Perspektive für Jugendfreizeiten und Ferienlager in Bayern. Kinder und Jugendliche haben schließlich psychisch besonders stark unter der Corona-Pandemie gelitten und leiden weiterhin. Das zeigen uns viele aktuelle Studien. Eine Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf hat etwa herausgefunden, dass fast jedes dritte Kind zwischen 7 und 17 Jahren durch die Corona-Pandemie psychische Auffälligkeiten zeigt. Das bedeutet: Wir müssen alles dafür tun, dass sie nicht länger die Verlierer der Pandemie sind. Die bayerische Staatsregierung muss Kinder und Jugendliche endlich in den Fokus ihrer Politik nehmen. Kinder und Jugendliche dürfen sich mit ihren Sorgen und Ängsten nicht alleine gelassen fühlen.

Vielmehr müssen Kinder jetzt in den Sommerferien ihre Freizeit genießen dürfen.

Nicht alle Eltern können sich aber den nächsten Sommerurlaub finanziell oder zeitlich leisten. Das bedeutet, dass insbesondere deren Kinder mal wieder zu den wirklichen Verlierern der Pandemie gehören. Dabei sind zum Beispiel Ferienfreizeiten auch unter dem Aspekt der psychischen Stabilisierung sehr wichtig. Für die Gesundheit und auch damit alle Kinder und Jugendlichen ihre Sommerferien genießen können, müssen Ferienfreizeiten und Jugend-Zeltlager auch in Bayern endlich wieder möglich sein.

Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, ein Konzept vorzulegen, wie Jugendfreizeiten und Zeltlager in den Sommerferien stattfinden können. Die Jugendherbergen und Jugendverbände brauchen dringend Planungssicherheit. Sie haben schon seit langem Hygienekonzepte erarbeitet. Was sie jetzt aber brauchen, ist die Unterstützung und die Freigabe von der Staatsregierung. Damit kann die Staatsregierung auch ihr ei-

genes Versprechen vom 28. April 2021 einlösen, dass sie Jugendfreizeiten und Ferienprogramme ausweiten wollen. Sie sollte ihren Worten jetzt auch Taten folgen lassen.

Denn bisher behandelt die Staatsregierung Ferienfreizeiten und Zeltlager immer noch wie touristische Beherbergungen in Hotels oder Ferienhäusern. Die Staatsregierung darf aber die wertvolle Jugendarbeit nicht mit Tourismus in einen Topf werfen. Stattdessen darf Jugendarbeit in Bayern auch in den Ferien nicht zum „Tagesbetreuungsanbieter“ reduziert werden. Das wird weder den Jugendlichen selbst, noch den vielen Engagierten in der Kinder- und Jugendarbeit gerecht. Gerade in Nürnberg gibt es so viele Engagierte in der Jugendarbeit und sie verdienen es, Regelungen an die Hand zu kriegen, die in der Praxis durchführbar sind. Die vielen fleißigen Ehrenamtlichen wollen endlich in die Planung ihrer Angebote einsteigen.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Vor drei Jahren wurde das Polizeiaufgabengesetz (PAG) durch die Staatsregierung neu aufgelegt. Die Novellierung löste zurecht heftige Proteste in der Bevölkerung aus. Die SPD stand mit an der Spitze der Bewegung gegen die Änderungen und reichte unter anderem Verfassungsklage ein. Das Verfahren ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Als Reaktion auf den heftigen Widerstand gegen die Gesetzesänderung und die anhängigen Verfassungsbeschwerden hat die Staatsregierung einen Entwurf für eine erneute Änderung des PAGs vorgelegt. Leider entschärft der neue Entwurf das Gesetz nur minimal. Von Verfassungskonformität mag gar keine Rede sein. Die SPD hat deswegen einen umfassenden Änderungsantrag im Landtag eingereicht, um das Gesetz gemäß der Verfassung bürgerfreundlich auszugestalten und nicht der Polizei weitgehende Rechte einzuräumen. Im Innenausschuss des Landtags fand eine Expertenanhörung zum Gesetzesentwurf statt. Die befragten Expert*innen bestätigten zu großen Teilen die Kritik der SPD-Landtagsfraktion und äußerten ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des Entwurfs mit der Verfassung. Die größten Kritikpunkte im Einzelnen:

Die drohende Gefahr

Bis heute ist einer der umstrittensten Punkte der Gesetzesänderungen von 2017 und 2018 der neu eingeführte Begriff der drohenden Gefahr. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff wurde an zahlreichen Stellen im Gesetz als zusätzliche Eingriffsgrundlage für die Polizei geschaffen. Dabei bedeutet der sehr ungenaue Tatbestand der drohenden Gefahr nicht nur für Bürger*innen Rechtsunsicherheit. Auch Polizist*innen können sich bei Maßnahmen, die aufgrund einer drohenden Gefahr vorgenommen werden, nicht auf die Rechtmäßigkeit des Eingriffs verlassen. Der Gesetzesentwurf der Staatsregierung sieht keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen in Bezug auf die drohende Gefahr vor. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die ersatzlose Streichung des Begriffs der drohenden Gefahr aus dem PAG.

Präventivgewahrsam

Eine weitere stark kritisierte Vorschrift stellt der unbegrenzt mögliche Präventivgewahrsam dar. D.h., dass Personen in unbegrenzt verlängerbare Vorbeugehaft genommen werden können, zuvor war das nur maximal für zwei Wochen möglich. In diesem Fall hat die Staatsregierung nachgebessert und schlägt im Änderungsentwurf eine maximale Dauer des Gewahrsams von zwei Monaten vor. Die SPD hält das für einen Schritt in die richtige Richtung, die Dauer des Gewahrsams ist aber



PAG-REFORM: DAS GESETZ IST WEITERHIN NICHT VERFASSUNGSKONFORM

immer noch viel zu lang. Andere Bundesländer erlauben ein Präventivgewahrsam maximal zwei Wochen (z.B.: Baden-Württemberg). Warum das in Bayern nicht auch reichen soll, ist nicht ersichtlich. Die SPD fordert den Präventivgewahrsam in Bayern wieder auf maximal zwei Wochen zu begrenzen. Problematisch ist auch, dass der von Amts wegen hinzuzuziehende Anwalt nicht bei der Entscheidung über den Gewahrsam bestellt sein muss. Es kann also immer noch passieren, dass ein Richter oder eine Richterin über den Präventivgewahrsam einer Person entscheidet, ohne, dass diese anwaltlich vertreten wird. Das führt dazu, dass der Beschuldigte einer konkreten Straftat besser behandelt wird als derjenige, der einer zukünftigen Tat nur verdächtigt wird. Im Strafverfahren ist die anwaltliche Vertretung eine Selbstverständlichkeit, das muss nach unserer Ansicht auch für den Präventivgewahrsam gelten.

Bodycams

Verbesserungen fordert die SPD-Landtagsfraktion von der Staatsregierung auch in Bezug auf den Einsatz von Bodycams. Im Zuge des Änderungsentwurfs kündigte die Staatsregierung einen Richtervorbehalt für den Einsatz von Bodycams in Wohnung an. Dieser stellt sich jedoch bei genauerer Betrachtung des Entwurfs als nutzlos heraus. Der Richter oder die Richterin muss nur entscheiden, wenn die Bodycam-Aufnahmen über den gesetzlichen Rahmen hinaus verwertet werden sollen. Der Bodycam-Einsatz in der

Wohnung liegt weiter nur im Ermessen des Polizeibeamten oder der Polizeibeamtin. Die SPD möchte, dass hier ein echter Richtervorbehalt eingeführt wird.

Weitere Kritikpunkte und Fazit

Zudem kritisiert die SPD-Landtagsfraktion die geplanten Erweiterungen bei der Identitätsfeststellung. Diese unbestimmten uferlosen Bestimmungen sollten gestrichen werden. Auch ist nicht ersichtlich, wofür die Möglichkeiten der Nutzung von DNA-Analysedaten zur Gefahrenabwehr benötigt werden. Die Analyse von DNA-Daten ist mit erheblichem zeitlichem Aufwand verbunden (durchschnittlich 5 Tage), Maßnahmen der Gefahrenabwehr sind meist akut und kurzfristig durchzuführen.

Insgesamt kann der Entwurf der Staatsregierung zur Änderung des PAGs nicht überzeugen. Die verfassungsrechtlich problematischen Punkte wurden nicht beachtet. In weiten Teilen liegt nur eine einfache sprachliche Überarbeitung des Gesetzes vor. Die wenigen konkreten Änderungen der Staatsregierung sind ungenügend und lösen die wahren Probleme des PAG nicht. Die SPD-Landtagsfraktion wird in den nächsten Monaten alles geben notwendige Änderungen des PAG im Landtag durchzusetzen. Zudem hoffen wir auf eine baldige Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden, um dem Handeln der Staatsregierung Einhalt zu gebieten.

DAS KLIMACAMP NÜRNBERG



von LINDA REINKE

Seit ca. 300 Tagen sind sie direkt neben Rathaus zu finden: Menschen, die sich für einen Wandel in der Klimapolitik einsetzen und ein Zeichen setzen wollen – denn so, finden sie, kann es nicht weitergehen. Ein Interview mit Florian Hienle vom Klimacamp Nürnberg geführt von Linda Reinke

Florian, du bist im Klimacamp zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und wirst mir heute einige Fragen zum Camp beantworten. Was ist denn das Klimacamp und wer seid ihr?

Das Klimacamp Nürnberg ist eine politische Dauerversammlung, wir verstehen uns als Demonstration und Mahnwache und das schon seit dem 03. September letzten Jahres. Das Klimacamp ist offen für alle, mittlerweile haben sich der Bewegung ca. 100 Menschen angeschlossen.

Euer Ziel ist es, das 1,5 Grad Limit einzuhalten. Welche Schritte müssen wir hier in Nürnberg einleiten, um das zu erreichen?

Wir wollen das 1,5 Grad Limit in den Köpfen von der Politik, sowie Bürgerinnen und Bürgern als reale Grenze, die nicht überschritten werden darf, festsetzen. Deshalb haben wir auch unseren Standort in der Innenstadt direkt neben dem Rathaus gewählt. Wir wollen, dass das Engagement für den Klimaschutz Priorität bekommt und dass Maßnahmen ergriffen werden, um das 1,5 Grad Limit einzuhalten.

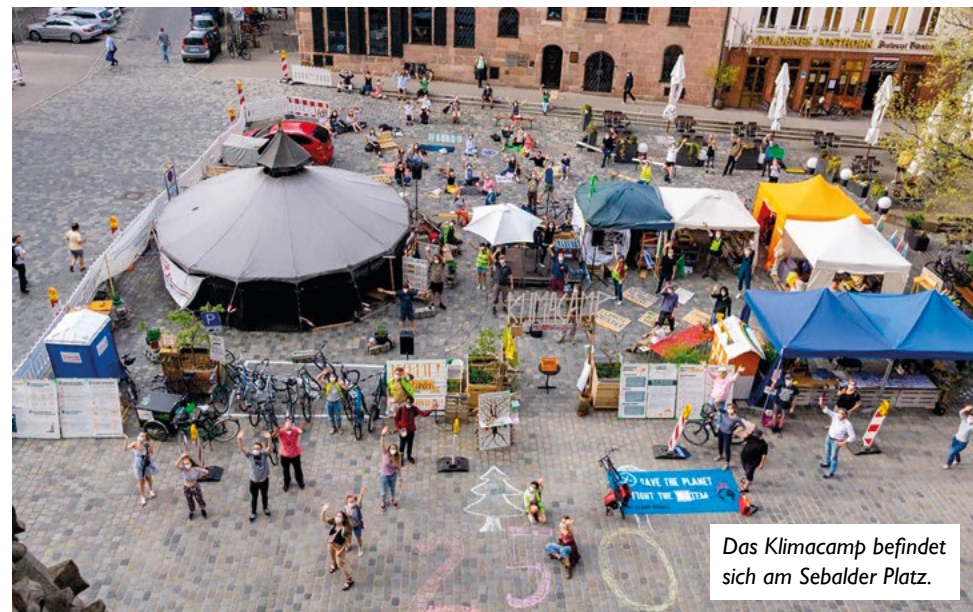
Zwei Große Faktoren, die für den Ausstoß von Treibhausgasen verantwortlich sind, sind der

Energie- und Verkehrssektor. Genau die wollen wir in Nürnberg klimaneutral gestalten. Und das ohne Greenwashing, sondern mit 100% Ökostrom ab 2025, bestenfalls lokal produziert. Dazu fordern wir den Ausbaustopp des Frankenschnellwegs und eine autofreie Innenstadt. Die Bevorzugung des Autos in der Stadt ist in unseren Augen von gestern, jeder Mensch soll sozial gerecht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können und überall mit dem Rad hinkommen.

Weitere konkrete Ziele sind Nürnberg als Zero-Waste-Stadt und veganes Essen in öffentlichen Einrichtungen.

Wie seht ihr eure Rolle in der Kommunalpolitik?

Wir geben Impulse, wie z.B. der Klimaentscheid, den wir unterstützen. Dabei wird die



Das Klimacamp befindet sich am Sebalder Platz.

Stadt aufgefordert einen Maßnahmenplan in Zusammenarbeit mit Expert*innen zu erarbeiten. Wir wollen den nicht selbstschreiben, das würde unsere Kompetenzen und Kapazitäten sprengen.

Warum habt ihr euch für diese Form von Aktivismus entschieden, statt einer Partei beizutreten?

Wir sehen die Politik als Volksvertretung, unser Platz ist aber auf der Straße. Wir sind laut und wollen die Forderungen unserer Gruppierung zeigen, ohne an Parteilinien gebunden zu sein. So sind wir einerseits freier in der Wahl unserer Mittel und Botschaften, andererseits sind wir aber natürlich nicht Teil des Stadtrates und können nicht direkt Entscheidungen beeinflussen. Uns ist aber die Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern wichtig, der tägliche Kontakt, Überzeugungsarbeit und Austausch. Wir glauben nicht, dass alle Probleme gelöst werden können, indem sich Menschen in politischen Gremien austauschen, sondern dass ein gesamtgesellschaftlicher Wandel passieren muss.

Auch Politiker*innen sind bei euch regelmäßig zu Gast, habt ihr dabei zu allen Parteien Kontakt? Oder gibt es außer dem Klima-Ziel Werte, die ihr vertretet?

Wir haben tatsächlich zunächst zu allen Parteien Kontakt gesucht, wobei wir uns vor jedem Kontakt im Plenum austauschen. Es gibt starke Widerstände bei uns Parteien aus dem rechten Spektrum ins Camp einzuladen. Das 1,5 Grad Ziel ist unser Konsens, viele von uns setzen sich darüber hinaus aber auch für Solidarität und Gerechtigkeit ein und sprechen sich klar gegen Rassismus, rechtes Gedankengut und Ausschließen von Menschen aus. Wir sind alle von der Klima-Krise betroffen. Klimapolitik muss auch sozial gerecht sein, eine „Ökodiktatur“ ist auf keinen Fall das Ziel, wir

wollen alle Nürnberger*innen mitnehmen und auch international solidarisch handeln.

Wenn wir schon eine Wende einleiten, wollen wir die Lebensbedingungen für alle verbessern, und nicht nur für die, die es sich leisten können.

Die Klimakrise ist in Politik und Gesellschaft angekommen, eure Forderungen gehen deutlich weiter. Viele Menschen haben Angst vor Verboten. Was glaubst du wie hier Konsens erreicht werden kann?

Aus unserer Sicht ist die Klimakrise noch nicht als das angekommen, was sie ist. Die Prioritäten anderer Menschen sehen nicht so aus, als hätten sie erkannt, dass wir uns in einer tatsächlichen Krisensituation befinden. Ohne es schön reden zu wollen, viele von uns haben Angst. Und in dieser Situation ist der Verzicht auf Flugreisen und Auto kein wirklicher Verzicht. Wir möchten, dass die Menschen die Katastrophe erkennen.

Aber wir brauchen Lösungen und diese leben wir in unserem Alltag vor. Wir haben eine Radwerkstatt, legen Bienenwiesen an, pflanzen Bäume.

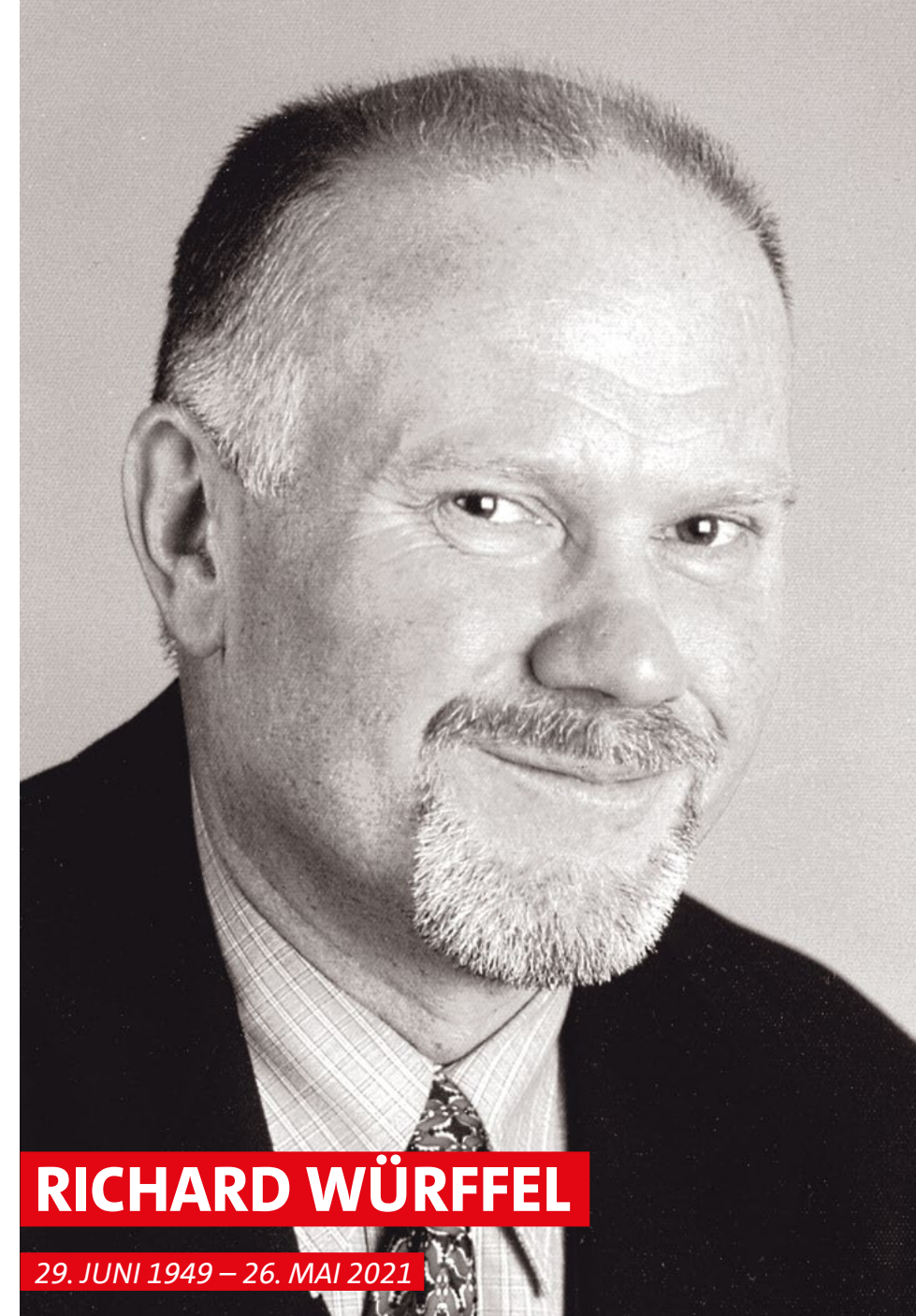
Wir wollen weg von der Panik, hin zu den Lösungen und einem guten Leben, das klimaneutral ist.

Aufklärung kann zu einem veränderten Handeln führen, da habt ihr sicher recht. Aber wie kann ich Vorbild sein, ohne besserwisserisch zu wirken und bei anderen eine Abwehrhaltung auszulösen?

Wir haben täglich die Situation, dass Menschen sich angegriffen dadurch fühlen, dass wir einen klimafreundlichen Lebensstil leben. Ich glaube wichtig ist es dabei, sich nicht in gut und schlecht zu definieren, sondern als Menschen mit Bedürfnissen, Sorgen und Gefühlen, die es sich natürlich auch mal gut gehen lassen wollen. Wir müssen weg kommen Leuten für ihre erlernte Art Bedürfnisse zu befriedigen Vorwürfe zu machen. Aber diesen Respekt erwarte ich auf beiden Seiten.

Gibt es noch etwas, was du der Nürnberger SPD mitgeben willst?

Ich wünsche mir, dass wir von eingespielten Mustern wegkommen und uns echt trauen neue Wege zu gehen. In einer Krisensituation darf das Ziel nicht nur sein gut dazustehen, sondern mutig zu handeln. Hört auf die Wissenschaft, wir sind zu spät dran für kleine Schritte, wir brauchen große und strukturelle Veränderungen. Wir können so nicht weitermachen.



RICHARD WÜRFEL

29. JUNI 1949 – 26. MAI 2021

Unser Genosse, Freund, ehemaliger Stadtrat und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wahlkreisbüro unserer Nürnberger Bundestagsabgeordneten, Richard Würffel, ist am 26. Mai 2021 verstorben.

Die SPD Nürnberg trauert um einen überzeugten und leidenschaftlichen Sozialdemokraten, der über mehr als drei Jahrzehnte im Stadtrat und im Bürgerbüro nimmermüde und wortgewaltig für die Schwächeren in der Gesellschaft, für die Nürnberger Kultur und das Nürnberger Gesundheitswesen gekämpft hat.

Für Richard Würffel waren Kunst und Kultur Lebenselixier. In der Literatur, in der Musik war er mehr als nur Laie. Und so war es kein Wunder, dass er zwölf Jahre kulturpolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion war. Doch auch textlich konnte ihm kaum einer das Wasser reichen. Gleich sechs unserer

Bundestagsabgeordneten haben in über 30 Jahren gerne mit ihm zusammengearbeitet und ihn für seine fachliche Kompetenz und sein außergewöhnliches Formulierungstalent geschätzt.

Richard Würffel besaß Humor. Er konnte gut über sich selbst lachen und vor allem liebte er es, andere zum Lachen zu bringen. Er hat sich nie verbogen und in seinen 50 Jahren als Genosse stets seine politische Eigenständigkeit bewahrt. Er hat sich immer für die Schwächeren eingesetzt und war ein verlässlicher Ansprechpartner für die Nürnberger Bürgerinnen und Bürger. Wir sind ihm dankbar für alles, was er für unsere Partei und für die Stadt Nürnberg geleistet hat. Er hat einen festen Platz in den Herzen und Gedanken vieler Genossinnen und Genossen.

Wir werden ihn nicht vergessen!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



LUST AUF WAHLKAMPF?

HILF MIT AM ZENTRALEN INFOSTAND!

Nach den langen Monaten der Einschränkungen gilt es, so viele Menschen wie möglich zu erreichen und zu überzeugen. Neben den Infoständen und Aktionen in den Stadtteilen, ist es besonders wichtig, dass wir auch mit zentralen Infoständen im Zentrum Nürnbergs präsent sind, um viele potenzielle Wähler*innen zu erreichen.

Dafür benötigen wir deine Hilfe.

Du hast Zeit und Lust eine oder mehrere Schichten am zentralen Infostand zu übernehmen?

Dann gibt es folgende Möglichkeiten, wie du dich anmelden kannst

- > Du trägst dich direkt im Roten Netz im Raum des Unterbezirks Nürnberg selbst in die Liste ein.
- > Du meldest dich telefonisch in der Unterbezirksgeschäftsstelle unter 0911/438960 oder 0911/4389611.

Gerne kannst du uns auch eine E-Mail senden: nuernberg@spd.de.

Zusätzlich sind wir aktuell auf der **Suche nach Helferinnen und Helfern, die den Transporter für die zentralen infostände am Morgen beladen** und vom Karl-Bröger-Haus in die Innenstadt fahren und nach dem Ende der letzten Schicht wieder zurückbringen.

Wenn du dir vorstellen kannst diese Aufgabe zu übernehmen, dann melde dich bitte in der Unterbezirksgeschäftsstelle.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / JULI 2021

06.07.2021 – 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof-Vogelherd:
Ortsvereinstreffen
Gaststätte Wäi Daham,
Pilotystraße 44,
90408 Nürnberg
13.07.2021 – 18:00 Uhr
SPD Langwasser:
Vorstandssitzung

17.07.2021 – 08:00 Uhr
Bundestagswahl – Infostand in Katzwang
Unser Kandidat Thomas Grämmer
ist dabei!
Vor Norma,
Katzwanger Hauptstraße 33,
90453 Nürnberg
19.07.2021 – 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof:
Mitgliederversammlung
Thema: „Sozialpolitik“ mit Volker Wolfrum
Ort wird noch bekannt gegeben:
www.spd-lichtenhof.de

24.07.2021 – 07:00 Uhr
Bundestagswahl – Infostand in Kornburg
Unser Kandidat Thomas Grämmer
ist dabei!
Vor der Bäckerei Matejka,
Kornburger Hauptstr. 27,
90455 Nürnberg
24.07.2021 – 10:00 Uhr
Bundestagswahl – Aktiv-Infostand
Auf dem Platz vor der Gustav-Adolf-Ge-
dächtniskirche findet ein „Aktiv-Infostand“
mit unserer Bundestagsabgeordneten
Gabriela Heinrich statt

Stadtratsfraktion
Nürnberg**SPD**

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

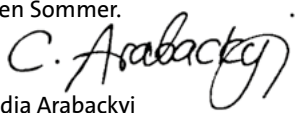
endlich Sommer! Endlich können wir im gewissen Rahmen wieder mit Freund*innen oder der Familie zusammen diese schöne Jahreszeit genießen. Dabei dürfen wir aber nicht aus dem Blick verlieren, dass die Gefahr einer weiteren Welle nicht gebannt ist, die Pandemie noch nicht überstanden ist.

Für uns als SPD-Fraktion gehört „Corona“ nach wie vor auf jede Tagesordnung. Wir befassen uns deshalb kontinuierlich auch mit den Konsequenzen und Folgen der Pandemie: #NbgNachCorona. So wollen wir z.B. im nächsten Bildungsbericht wissen, wie die Corona-Folgen für Kinder und Jugendliche sind, für die das letzte Jahr eine große Herausforderung war. Wir beleuchten außerdem, wie sich veränderte Arbeitsmodelle z.B. durch verstärktes Homeoffice auf das Geschäftsmodell des ÖPNV auswirkt und welche Konsequenzen daraus für die Verkehrsnutzung in Nürnberg zu ziehen sind.

Wir wollen unsere Innenstadt weiter aufwerten und den Menschen wieder mehr Raum geben. Wir brauchen eine attraktive City die zum Verweilen einlädt, nicht nur zum schnellen Einkauf. Dazu haben wir beantragt die Königstraße in eine Fußgängerzone umzuwandeln. Ein Projekt für mehr Lebensqualität. Darüber hinaus positionieren wir uns in der Debatte um eine mögliche Bewerbung Nürnbergs für eine Landesgartenschau im Stadtgraben.

Freuen Sie sich über viele Themen quer durch die Nürnberger Stadtpolitik.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der Depesche und einen wunderbaren & erholsamen Sommer.

Ihre 
Claudia Arabacky
stv. Fraktionsvorsitzende

Dauerhaftes Grün vor der Haustür statt einmaliger Schau im Stadtgraben



Foto: Pixabay

Zur Bewerbung Nürnbergs für die Landesgartenschau 2030

Die Bewerbung Nürnbergs für eine Landesgartenschau 2030 im Nürnberger Stadtgraben sieht die Rathaus-SPD skeptisch. Unsere Priorität liegt auf der nachhaltigen Aufwertung von Plätzen und Grünflächen in den einzelnen Stadtteilen Nürnbergs. Gerade in hochverdichteten Quartieren dominiert leider historisch bedingt häufig Grau statt Grün. Die angespannte städtische Haushaltslage gibt zudem zusätzliche Großprojekte wie eine Landesgartenschau unserer Auffassung nach nicht her. Viele Nürnberger*innen in den Stadtteilen warten schon lange auf die Umsetzung vieler versprochener Begrünungs-Projekte, für die – trotz ordentlicher Förderkulissee – bisher städtische Mittel und Ressourcen fehlten. Freie Gelder sind deshalb aus unserer Sicht dort ganz klar besser angelegt als im Stadtgraben.

Dass der Stadtgraben perspektivisch aufgewertet werden könnte, stellt auch die SPD-

Fraktion nicht in Abrede. Eine finanzielle Größenordnung von 20 Millionen Euro und mehr für eine Landesgartenschau ist dabei aber zu hoch. Zusätzliche Aufwendungen für die Stadtgrabenstützmauer und Fluchtwege bleiben zudem ein enormes wirtschaftliches Risiko.

Es gilt außerdem zu bedenken, dass eine Landesgartenschau im Stadtgraben vor eine bisher öffentliche Fläche eine Eintrittsschranke setzen würde. Zahlreiche Kinder und Jugendliche nutzen den Graben heute für Spiel und Sport, Erwachsene zum Spaziergehen und Kleingärtnern. Wir wollen deshalb dieses Areal nicht der Allgemeinheit entziehen und Menschen ausschließen.

Aus den genannten Gründen hat sich die SPD-Fraktion im Stadtrat gegen eine Bewerbung Nürnbergs zur Landesgartenschau 2030 ausgesprochen. In Nürnberg sollten lieber die vielen dringend notwendigen Grünprojekte in den Stadtteilen umgesetzt werden, bevor man knappe >>

Ressourcen und Personal in einem solchen Großprojekt bindet.

Zu den politisch geforderten, aber bisher nicht realisierten bzw. finanzierten Plätzen und Grünflächen in den Stadtteilen zählen beispielsweise: Der Marktplatz in Wöhrd, der Peter-Höfkes-Platz in Fischbach, der Richard-Wagner-Platz am Opernhaus, der Heinickeplatz in Muggenhof, der Nägeleinsplatz in der Altstadt, die Pflegemaßnahmen im Hummelsteiner Park, der Heinrich-Böll-Platz in Langwasser, der Mögendorfer Plärrer, der Stadtteilplatz in Gleißhammer, das allgemeine Gründefizit in der Südstadt und in Leyh, der Bielingplatz in der Nordstadt, der Platz der Opfer des Faschismus, der Platz zwischen Südstadtbad und Gustav-Adolf-Gedächtniskirche, das Max-Grün an der Adam-Klein-Straße, der Wetzendorfer Park, die Grünflächen im Tiefen Feld und an der Brunecker Straße uvm.

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Foto: Pixabay

Die sog. „Pendler-Corona-Studie“, die im Auftrag der Bundesländer und des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sowie in Kooperation mit Charité Research Organisation erfolgte, zeigt, dass im ÖPNV kein erhöhtes Ansteckungsrisiko für Corona besteht, sofern die geltenden Hygieneregeln (Mindestabstand, Maskenpflicht und Durchlüftung) zugrunde gelegt werden.

Die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse bieten dem öffentlichen Nahverkehr die Chance, aus seiner Krise während der Pandemie ausbrechen zu können. Mit den richtigen flankierenden Maßnahmen kann nun dieser Schwung genutzt werden, um wieder mehr Nürnberger*innen zur Fahrt in Bus und Bahn zu motivieren. Dabei wird es vor allem wichtig sein, die wissenschaftlichen Erkenntnisse publik zu machen, jedoch auch das subjektive Sicherheits-

Wohnraum in Nürnberg sichern

Zweckentfremdungsverbotssatzung wirkt

Der Nürnberger Wohnungsmarkt ist nach wie vor stark angespannt. Es ist deshalb ein Problem, wenn bestehender Wohnraum im großen Stil durch temporäre Vermietungen mit regelmäßig wechselnden Nutzer*innen (z.B. als Ferienwohnungen, als vorübergehendes Domizil für Monteure oder auch für Wochenends-Partygesellschaften) verwendet wird. In diesen Fällen ist der Wohnraum für dauerhafte Mietverhältnisse verloren. Auch der langfristige Leerstand von Wohnungen wirkt sich dabei negativ aus.

Wir als SPD-Fraktion wollen weiterhin verhindern, dass ausgewiesener Wohnraum dem Mietmarkt entzogen wird. Auf konkrete Initiative der Rathaus-SPD hin wurde deshalb am 22.05.2019 die sog. „Zweckentfremdungsverbotssatzung (ZwEVS)“ für

Nürnberg verabschiedet, mit der die Stadt seitdem gegen die geschilderten Fälle vorgehen kann. Wir sehen nun, dass die angestoßene rechtliche Handhabe der ZwEVS auch in Nürnberg erste Wirkung zeigt und das ist gut und richtig.

Laut der vorgestellten Zwischenbilanz der Stadtverwaltung konnten seit Inkrafttreten bereits für 144 Wohneinheiten die zweckfremde Nutzung unterbunden bzw. verhindert und die Wohnungen wieder regulären Wohnzwecken zugeführt werden. Als SPD wollen wir weiterhin nichts unversucht lassen und ringen auch in diesem Bereich um jede Wohnfläche für die Nürnberger Bürger*innen.



Weitere Informationen:
Fabian Meissner;
spd@stadt.nuernberg.de

Lehren aus der Pandemie ziehen – ÖPNV zukunftsfit aufstellen

gefühl zu steigern. Es bleibt nämlich eine gewisse Verunsicherung seitens der Nutzer*innen aus unserer Sicht spürbar. Wir erachten deshalb eine Kombination aus Imagekampagne und tatsächlichen Entzerrungsmaßnahmen durch Taktanpassungen bei wieder erstarkenden Nutzer*innenzahlen als vielversprechende Variante.

Wenn man das Pandemiegeschehen jenseits der Hygienefrage betrachtet, bleiben jedoch auch weitere Herausforderungen für Bus und Bahn, welchen wir frühzeitig begegnen wollen. So bleibt abzuwarten, welchen Effekt das verstärkte Arbeiten im Home-Office langfristig auf das Mobilitätsverhalten der Nürnberger*innen haben wird. Dass es bundesweit einen Effekt gibt, legen neueste Studien nahe. Sollte dies auch vor Ort feststellbar sein, stellt sich die Frage, ob unsere Mobilitätsangebote die Lebensrealität dieser Nutzer*innen noch treffen und damit noch immer attraktiv sind - ob also tarifliche Antworten bei den Abo-Modellen in Betracht gezogen werden sollten. Auch hier gilt es mit den richtigen Anreizen auf mögliche neue Gegebenheiten positiv einzuwirken, um den ÖPNV als Rückgrat der urbanen Fortbewegung zu erhalten.

Wir wollen, dass die VAG die genannten Entwicklungen während Corona in ihre zentralen Zukunftsplanungen einbezieht – hierfür sollen dann konkrete Lösungen erarbeitet und vorgestellt werden. Ein zugehöriger Antrag der SPD-Fraktion wurde deshalb hierfür eingereicht.



Weitere Informationen: Thorsten Brehm;
Nasser Ahmed; Yasemin Yilmaz;
spd@stadt.nuernberg.de

Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
Verantwortlich:
Thorsten Brehm
Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm
Grafische Gestaltung:
Michael Graf
E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de
Tel: 0911 - 2312906
Fax: 0911 - 2313895



EHRUNGEN

Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch!



Claudia Arabackj



Gabriele Penzkofer-Röhl



Stadträtin a.D. Ilka Soldner



Stadtkämmerer Harald Riedel



Stadträtin a.D. Ruth Zadek



Dr. Anja Pröls-Kammerer

Fotos: Stadt Nürnberg / Christine Dierenbach



Lorenz Gradl

Am 23. Juni 2021 wurden mehrere Mitglieder der SPD-Fraktion für ihre Arbeit im Stadtrat mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze ausgezeichnet. Wir sagen vielen Dank für den steten Einsatz!

Ein besonderer Dank gebührt unserem Stadtrat Lorenz Gradl, der sogar für die 25-jährige Zugehörigkeit im Nürnberger Stadtrat ausgezeichnet wurde.

Erlebnisraum Altstadt und Fußgängerzone Königstraße – Neue gestalterische Qualität in der Innenstadt

Die Rathaus-SPD setzt sich für mehr Platz für Menschen statt für Autos ein. Eine neue Fußgängerzone Königstraße bietet dabei eine Möglichkeit neu gewonnenen Raum in der Innenstadt exemplarisch nezugestalten und die gesamten Stadtplanungsziele für die Altstadt daraufhin neu zu gewichten. Hintergrund sind die SPD-Initiativen „Erlebnisraum Altstadt“, „Ausweitung der Nürnberger Fußgängerzone“ und die entsprechenden Anträge der Kooperationsparteien im Rathaus. Wie dabei notwendige PKW-Erschließung gesichert bleibt und was gestalterisch mit dem gewonnenen Raum passieren soll, hat die SPD-Fraktion nun vorgestellt.

Angedacht ist u.a. die Straßensperrung ab dem Königstor inkl. der hochwertigen Gestaltung des Eingangstors zur Fußgängerzone so-

wie eine Begrünung des dann geöffneten Parkplatzes am Bauhof. Die Parkbuchten der Königstraße sollen zukünftig als Raum für die öffentliche Nutzung durch Gastronomie, neue Sitzgelegenheiten und Kunstobjekte zur Verfügung stehen. Diese Maßnahmen sollten schon dieses Jahr begonnen werden.

Gerade in der Zeit nach Corona soll die Fußgängerzone Ort aufflammender Lebensfreude und Motor wirtschaftlichen Aufschwungs sein. Die Innenstadt muss deshalb ein Erlebnisraum für Viele werden. Dabei sollen nicht einfach nur Autos verbannt werden. Die neu entstehende Fußgängerzone Königstrasse soll vielmehr Modellprojekte innovativer Lösungsmöglichkeiten für Gestaltungselemente, Sitzmöbel, Spielpunkte, Entsiegelung und mehr Grün entwickeln, die dann in der



Foto: SPD Nürnberg

gesamten Innenstadt angewandt werden können. Es muss in Zukunft heißen: „Wir gehen gern nach Nürnberg zum Einkaufen, aber auch zum Bummeln, weil es dort so schön ist.“ Damit stärken wir auch den Einzelhandel vor Ort.

Weitere Informationen:
Nasser Ahmed;
Christine Kayser;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE IM BILDUNGSBERICHT

Der städtische Bildungsbericht liefert mit seinen Analysen wichtige Entscheidungs-, Steuerungs- und Planungsgrundlagen für die kommunale Bildungspolitik. Die SPD-Stadtratsfraktion möchte deshalb, dass im nächsten Bericht auch die Auswirkungen von Corona auf Kinder und Jugendliche in Nürnberg untersucht werden. Auf Basis der Erkenntnisse sollen Maßnahmen erarbeitet werden können, um z.B. Bildungsnachteilen entgegenzuwirken, die aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie entstanden sind. Dabei sollen konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet und beleuchtet werden und auch Erfahrungen durch bereits umgesetzte Maßnahmen einbezogen werden.

ZWISCHENBILANZ E-SCOOTER IN NÜRNBERG

Seit Juli 2019 sind auch in Nürnberg e-Scooter verfügbar. Aus verkehrspolitischer Sicht wurde deren Einführung durchaus ambivalent diskutiert. Die SPD-Fraktion stand in diesem Zusammenhang jedoch für eine offene Haltung gegenüber dem neuen Fortbewegungsmittel, sofern klare Regeln für deren Nutzung formuliert und diese auch eingehalten würden. Die SPD möchte nun eine Zwischenbilanz zu den e-Scootern und ihrer Bedeutung für die Verkehrsinfrastruktur ziehen und hat deshalb einen Antrag mit konkreten Fragestellungen zur Prüfung bei der Stadtverwaltung eingereicht.

BUNDESZUSCHÜSSE FÜR LUFTFILTER IN SCHULEN UND KITAS

Um Öffnungsperspektiven für Schulen und Kitas während der Corona-Pandemie weiter zu unterstützen, werden gute Hygienekonzepte und Schutzmaßnahmen benötigt – dazu gehören auch an bestimmten Stellen Luftfilter. Der Bund unterstützt nun unter bestimmten Umständen Schulen und Kitas finanziell beim Einbau von Luftfiltern. Die SPD möchte deshalb, dass die Stadtverwaltung prüft, in welchem Umfang Fördermittel aus dem zugehörigen Bundesprogramm für den Einbau von Luftfiltern in Gebäuden von Schulen, Kitas und Einrichtungen der Jugendhilfe in Nürnberg möglich sind.

STRASSENBENENNUNG NACH LEONHARD MAHLEIN (1921-1985) UND LUCIE ADELSBERGER (1895-1971)

Sie SPD-Fraktion möchte das Wirken zweier Persönlichkeiten durch eine Straßenbenennung in Nürnberg würdigen. Leonhard Mahlein hätte in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert und war Buchdrucker, Gewerkschafter, Sozialdemokrat und von 1968 bis 1983 Bundesvorsitzender der IG Druck und Papier. Die in Nürnberg geborene Lucie Adelsberger war eine der wenigen Frauen, die in der Weimarer Republik am Robert-Koch-Institut forschte. Sie wurde 1933 aufgrund ihres jüdischen Glaubens am RKI entlassen und 1943 von den Nationalsozialisten in das KZ Auschwitz-Birkenau deportiert.

STÄRKUNG DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR: WERDERAU UND GROSSGRÜNDLACH

In der Werderau und in Großgründlach mangelt es derzeit an Räumen, in denen sich Vereine und Stadtteilinitiativen treffen können. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, dass in den beiden Stadtteilen jeweils die Einrichtung eines Vereins- und Stadtteiltreffpunkts geprüft werden. In Großgründlach besteht zudem wachsender Bedarf an Kita-Plätzen, dem die SPD ebenfalls im Rahmen des Baugebiets Volkacher Straße Priorität einräumen möchte.

SOZIALPÄDAGOGISCHE BEGLEITUNG VON OBDACHLOSEN MENSCHEN

Die schweren Lebenslagen obdachloser Menschen verbessern sich leider kaum. Durch den angespannten Wohnungsmarkt sind in den letzten Jahren zur Unterbringung sogar leider mehr Unterkünfte im Stadtgebiet notwendig geworden. Dabei steigt auch der Bedarf an noch weitergehenden sozialpädagogischen Leistungen und Betreuung für die Betroffenen. Zudem führen die engen Wohnverhältnisse der Pensionen oft zu Konflikten im öffentlichen Raum oder in angrenzenden Nachbarschaften. Diese Situationen könnten durch gezielte Kommunikation und sozialpädagogisch-geschulte Vermittlung auf beiden Seiten ggf. besser entschärft werden. Hierfür hat die SPD-Stadtratsfraktion gemeinsam mit der Grünen-Fraktion einen entsprechenden Antrag an die Stadtverwaltung eingebracht.